Morgen Gr. Kundgebung der drei Generationen
vorm. 11 Uhr in den Annensälen . Alle Arbeitereltern, Jungarbeiter und Arbeiterkinder nehmen teil

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., Reklamezeile (sachl. an den politischen Teil einer Zeitung) 1,50 Mk. Anzeigenannahme: „Das Inserat", Allg. Inseratenexpedition, Abt. Dresden, Sidonienstraße 7, Fernruf, Tel. 27 555 Postscheck Dresden 2655 15. Redaktion: Dr.-A., Güterbahnhofstr. 2, Tel. 17 259. Bezugspreise: frei Haus monatlich 2,20 Mk. (im voraus zahlbar), durch die Post 2 Mk. (zuzügl. Zustellgebühr). Die Arbeiterstimme erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Nachzahlung des Bezugspreises. Expedition und Auslieferung durch Zeitungsvertrieb Hilde Kleefeld, Dresden-A., Annenstraße 49, Tel. 18 521. Postscheckkonto Dresden 29 404. Verantwortlich für Lokales: Otto Gäbel, Dresden; Ausland: Karl Preidner, Berlin; übriger Teil: Erich Heidemann, Dresden; für Inseratenteil: Fritz Kirscher, Dresden; Druck und Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft, Dresden-Altstadt 1, Güterbahnhofstraße 2. Telephon 17 259. Postscheckkonto Dresden Nr. 18 606.

8. Jahrgang — Dresden, Sonnabend den 23. April 1932 — Nummer 95

Völkerbund beschließt „Internationalisierung" schwerer Angriffswaffen

Japan steigert die Kriegsprovokation

Immer neue Verhaftung von Sowjetbürgern der Ostchinabahn . Weißgardistische Sprengstofflager
Frankreichs Presse bereitet Kriegsstimmung gegen Sowjetrußland vor

In Genf organisieren die Imperialisten aller Länder eine gemeinsame Antisowjet-Armee

Tokio, 12. April (Eig. Meld.)

Wie Reuter aus Charbin meldet, haben die japanischen Militärbehörden den Bahnhofsvorstand von Imenpo (im östlichen Abschnitt der ostchinesischen Eisenbahn) Greskorsky festgenommen. Er wird beschuldigt, geheime Beziehungen zu „Insurgenten" unterhalten zu haben. Die sowjetrussischen Behörden haben die sofortige Freilassung des Festgenommenen gefordert.

Schanghai, 22. April (Eig. Meld.)

Angesichts der fortdauernden Massendurchsuchungen und Verhaftungen von Sowjetbürgern hat der Sowjetkonsul Slawutschki bei den Behörden einen Protest gegen diese Willkür eingelegt und die Freilassung der Verhafteten gefordert. Die Charbiner Polizei hat eine Verordnung erlassen, wonach von Sowjetbürgern keine Gesuche um Ausreisevisum nach der Sowjetunion entgegengenommen werden können. Das bedeutet faktisch ein gewaltsames Festhalten von Sowjetbürgern in der Mandschurei.

Sprengstoff zaristischer Weißgardisten

Peiping, 22. April.

Gestern ermittelte die Charbiner Polizei Waffen- und Sprengstofflager in Modigau, einem Vorort von Charbin, in dem ausschließlich Weißgardisten leben. Unter anderem wurde ein Waffenlager in einem Restaurant gefunden, das sich im Besitz eines Chinesen befindet. Das Restaurant wird von Weißgardisten besucht. Bei einer Durchsuchung wurden auch Granaten, Gewehre und Knallquecksilber gefunden. Das Verzeichnis der Sprengstoffe ist in alter russischer Orthographie auf einem Papierbogen mit dem russischen zaristischen Wappen aufgestellt gewesen.

Die weißgardistischen Polizeibeamten nehmen, nach Anweisung der japanischen Berater weitere Massenverhaftungen von Sowjetbürgern vor. Gestern wurden, trotz ergebnisloser Durchsuchung, 12 Angestellte der Ost-China-Bahn verhaftet. In verschiedenen Fällen versuchten die Weißgardisten während der Durchsuchung Waffen einzuschmuggeln, doch wurden sie dabei ertappt.

Zaristische Provokateure

Die provokatorischen Aktionen von Weißgardisten an der Ost-China-Bahn dauern fort, trotz der Versicherungen der Behörden, daß die notwendigen Maßnahmen getroffen werden. Heute umzingelten von der Ost-China-Bahn entlassene Weißgardisten wiederum das Direktionsgebäude der Bahn, wobei 20 Personen in die Räume der Direktion eindrangen. Die Polizei hat nichts getan, um die Eindringlinge zu entfernen. Der Sowjetkonsul Slawutschki erklärte den Behörden, daß das Unterlassen der nötigen Maßnahmen in bezug auf die Weißgardisten die **Verbindung der Polizei mit den Weißgardisten** vollauf bestätigt.

Die Mandschurei unter Japans Diktatur

Schanghai 22 April 1932

In einem Leitartikel über die Reise der Völkerbundskommission in der Mandschurei, weist die Zeitung „China-Preß" darauf hin, daß die Hauptschwierigkeit der Völkerbundkommission in der Mandschurei darin bestehe, mit der 30 Millionen köpfigen chinesischen Bevölkerung überhaupt Fühlung zu nehmen. Es sei unmöglich, mit Vertretern der mandschurischen Bevölkerung in einen wirklichen Kontakt zu kommen, da die Bevölkerung der Mandschurei unter den gleichen Verhältnissen lebt, wie die Einwohnerschaft von Honkew und Tschapei. Jeder Chinese steht unter direkter Aufsicht der japanischen Militärbehörden. Selbst Berichterstatter ausländischer Blätter haben nicht die Möglichkeit, Verbindung mit den entsprechenden chinesischen Kreisen anzuknüpfen.

Kriegshetze der imperialistischen Presse

Paris, 22. April 1932

Die kapitalistische Zeitung „Intransigeant" kommentiert die Meldungen über die Ereignisse an der sowjetrussischen Grenze dergestalt, daß sie die Konzentrierung der japanischen Truppen mit angeblich gleichen Maßnahmen Rußlands abschwächen will und in eindeutig zum Ausdruck gebrachter Kriegshetze die Sowjetunion für die Zunahme der ernsten Spannung verantwortlich macht. Das Blatt der Imperialisten schreibt:

„Neue, beunruhigende Nachrichten kommen aus dem Fernen Osten. Die Sowjets fahren fort, ihre Truppen an der mandschurischen Grenze zu konzentrieren. Es ist zu befürchten, daß nach Vollendung dieser Konzentration sie eine Aktion gegen die mandschurische Grenze und die neue mandschurische Republik unternehmen werden, in diesem Falle wäre Japan natürlich gezwungen, einzugreifen."

Das Ziel der ganzen Aktion ist Sowjetrußland. Die Provokationen steigern sich planmäßig und müssen in den offenen Interventionskrieg umschlagen. Das beweisen nicht zuletzt auch die Vorgänge in Genf, wo unter der „Firma" Abrüstung" die entscheidenden Maßnahmen vorbereitet werden, um die Sowjetunion mit einer wohlausgerüsteten internationalen Interventionsarmee auch von Europa aus anzugreifen. Die Haltung der deutschen Delegation, die Pläne des Reichsinnenministers Groener, eine nationale Sportorganisation aus Reichsbanner, Nazis und Stahlhelm zu schaffen, liegen in dieser Linie. Die Arbeiter in den Betrieben und auf den Stempelstellen müssen ein wachsames Auge haben. Organisiert den aktiven Widerstand gegen die kriegtreibenden Imperialisten; organisiert den Kampf gegen Kriegstransport und Kriegsproduktion, den Kampf um Arbeit und Brot. Organisiert den Kampf zum Schutze der Sowjetunion.

Die Schaffung der Interventionsarmee

Genf, 22. April

Der allgemeine Ausschuß der Abrüstungskonferenz beschäftigte sich gestern mit einem englischen Kompromißvorschlag, der den der Aussprache zugrunde liegenden englischen Entschließungsentwurf den französischen Plänen auf Schaffung einer internationalen Völkerbundsarmee insofern näher bringt, als noch vor Beschluß über die Schaffung der Interventionsarmee, der schwere Angriffswaffen zur Verfügung stehen sollen, über diese Waffen entschieden wurde. Sämtliche sowjetrussischen Vorschläge über die wirkliche Abrüstung wurden abgelehnt. Bei Stimmenthaltung des Vertreters Litauens nahm die Konferenz unter ausdrücklicher Zustimmung Frankreichs und Deutschlands an, wonach über die Internationalisierung der schweren Angriffswaffen verhandelt wird, also nicht mehr über Abrüstung.

Dieser Beschluß ist überaus symptomatisch. Er schafft die Basis, nunmehr über die Organisierung und Bewaffnung der imperialistischen Völkerbundsarmee zu beraten und dokumentiert damit, daß der Völkerbund das Kriegsinstrument der europäischen Imperialisten ist.

Unter Frankreichs Führung sammeln sich die Feinde der Sowjetunion zum Angriff. Die internationale Arbeiterklasse aber wird ihnen in die Arme fallen und mit ihren Leibern das sozialistische Vaterland verteidigen.

Vorwärts zur roten Gegenoffensive

Zum IV. Landeskongreß der RGO Sachsen

Am Sonnabend, dem 23., und Sonntag, dem 24. April tagt in Chemnitz der 4. Landeskongreß der Revolutionären Gewerkschaftsopposition Sachsens. 1000 Delegierte aus den Betrieben und Stempelstellen des Landes treten zusammen in einer Zeit, wo in Sachsen mehr als 800 000 Arbeiter und Angestellte der neuen Offensive des Unternehmertums auf ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse gegenüber stehen. Der Kongreß tritt zusammen in ernsten Stunden, wo die Gefahr des imperialistischen Krieges zu einer Tatsache geworden ist, wo die Truppen des japanischen Imperialismus sich immer näher an die sowjetrussische Grenze heranschieben, um durch irgendwelche Provokationen den im Hintergrund lauernden Imperialisten Europas und Amerikas die Grundlage der bewaffneten Intervention gegen das Rußland der Arbeiter und Bauern zu schaffen. Der Kongreß tritt zusammen kurze Zeit nach Stattfinden des „Krisenkongresses" der ADGB-Bürokratie, der den offenen Bankrott der sozialfaschistischen Betrugsmanöver aufgezeigt hat.

Diese drei Faktoren zeigen die politische Bedeutung des 4. RGO-Kongresses in ihrem vollen Umfang, ergeben sie doch zusammengenommen, jene Linie, an Hand derer die deutsche und internationale Bourgeoisie wiederum für eine gewisse Zeit eine Atempause zu gewinnen und einen Ausweg aus der sich immer mehr vertiefenden und verschärfenden Wirtschaftskrise zu finden, hofft.

Der Krisenkongreß des ADGB ist vorüber. Not und Hunger, die Massenerwerbslosigkeit der Millionenmassen deutscher Arbeiter ist geblieben. Die Vertiefung und Verschärfung der Wirtschaftskrise macht national und international immer weitere Fortschritte. Die Erwerbslosigkeit hat einen ungeheueren Umfang erreicht, gleichzeitig werden durch die Kurzarbeit Hunderttausende von Arbeitern in Mitleidenschaft gezogen. Die Kapitalsoffensive gegen die Arbeiterschaft nimmt immer schärfere Formen an, um die Lebenshaltung der Arbeiterklasse zu senken.

Auf dem „Krisenkongreß mußte Herr Leipart, der Vorsitzende des ADGB feststellen, daß zum 30. April von den Unternehmern fast alle Tarife gekündigt worden sind, ja, daß durch den Schlichter in verschiedenen Gebieten des Reiches bereits neue Schiedssprüche gefällt wurden, die eine Kürzung der Löhne um 10 und mehr Prozent bringen. Leipart machte diese Feststellungen nicht, um vom Kongreß aus die deutsche Arbeiterschaft zum Kampf gegen diesen neuen drohenden Lohnabbau aufzurufen. Herr Leipart wußte sehr gut, warum er das nicht tat. Wäre doch ein Kampfruf von diesem Kongreß aus die trefflichste Entlarvung jener Politik des „kleineren Uebels" gewesen, die noch wenige Tage vorher den ADGB-Führern die Möglichkeit der Unterstützung der Wahl Hindenburgs gab.

Die neue Attacke der Bourgeoisie geht aber nicht nur gegen die Betriebsarbeiter, sie richtet sich ebenso gegen die Erwerbslosen, die Invaliden und Rentner, gegen die Kriegs- und Arbeitsopfer. Auch davon wußte Herr Leipart nichts zu sagen auf dem mit so großem Pomp aufgezogenen „Krisenkongreß", der nicht eine Tagung zur Mobilisierung der hungernden Massen, sondern vielmehr ein Kongreß gegen die Massen war. Er war für die ADGB-Bürokratie ein Scheinmanöver, von dem sie hoff-